

// Im Blickpunkt



Am 24./25.9.2009 fand in Pittsburgh der G-20-Gipfel statt. Eine erste Bewertung der dort beschlossenen Maßnahmen zur Bank- und Kapitalmarktregulierung nimmt *Rudolph* auf der Ersten Seite vor. Im Übrigen liegt der thematische Schwerpunkt dieser Ausgabe bei der betrieblichen Altersversorgung: *Metz* beschäftigt sich in seinem Beitrag mit den Möglichkeiten zur „bilanziellen Auslagerung“ von Versorgungsverbindlichkeiten nach BilMoG. *Heger* kommentiert ein aktuelles BFH-Urteil zur Bilanzierung und Bewertung von Rückdeckungsansprüchen, und der Entscheidungsreport von *Hagemann* thematisiert ein Urteil des FG Münster zur Bilanzierung und Bewertung von Pensionsverpflichtungen nach einem Schuldbeitritt.

Gabriele Bourgon, Ressortleiterin Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Rechnungslegung

SEC: Interne Kontrolle für kleine Unternehmen

-tb- Die Securities and Exchange Commission (SEC) hat in einer Mitteilung darauf hingewiesen, dass nunmehr auch die kleinsten registrierten Unternehmen bis Anfang Juni 2010 Anforderungen an die Interne Kontrolle über die Finanzberichterstattung zu erfüllen haben (www.sec.gov). Unternehmen mit einem Streubesitz unter 75 Mio. US-Dollar war ein Aufschub bei der Implementierung und Prüfung solcher Kontrollen gewährt worden. Damit wird die letzte Stufe der Umsetzung von Section 404 des Sarbanes-Oxley Act 2002 erreicht sein. Die SEC hat klargestellt, dass es keinen weiteren Aufschub geben werde.

CESR: Stellungnahme zu IASB-Projekt

-tb- Das Committee of European Securities Regulators (CESR) hat eine Stellungnahme an die EFRAG geschickt, mit dem es auf den IASB-Entwurf „Discount Rate for Employee Benefits“ reagiert. Darin stimmt das CESR in weiten Teilen mit dem Entwurf der EFRAG für eine Stellungnahme zu dem IASB-Projekt überein. Der Text ist abrufbar unter www.cesr.eu.

EU: Unterstützung der EFRAG und der IASCF

-tb- Im Amtsblatt L 253/8 der Europäischen Union vom 25.9.2009 ist der Beschluss Nr. 716/2009/EG vom 16.9. des Europäischen Parlaments und des Rates zur Auflegung eines Gemeinschaftsprogramms zur Unterstützung spezifischer Tätigkeiten auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen, der Rechnungslegung und der Abschlussprüfung veröffentlicht worden (eur-lex.europa.eu). Damit wird die finanzielle Unterstützung der EFRAG und der IASCF Foundation geregelt.

Darüber hinaus hat die Europäische Union beschlossen, *Aldona Kamela-Sowinsk* und *Angelo*

Provasoli als Vertreter der Public Policy in das Aufsichtsorgan der Europäischen Beratergruppe für Rechnungslegung (EFRAG) zu entsenden.

RIC: Ergebnisse der 36. Sitzung

Das Rechnungslegungs Interpretation Committee (RIC) hat am 17.9.2009 seine 36. Sitzung in Berlin abgehalten. Im RIC-Ergebnisbericht, der unter www.drsc.de abrufbar ist, werden die wesentlichen Beschlüsse wiedergegeben, die im Rahmen dieser Sitzung getroffen wurden.

Wirtschaftsprüfung

IDW ERS BFA 2: Bilanzierung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands bei Kreditinstituten

Der Bankenfachausschuss (BFA) hat am 2.9.2009 den Entwurf einer IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung: Bilanzierung von Finanzinstrumenten des Handelsbestands bei Kreditinstituten (IDW ERS BFA 2) verabschiedet.

In dem Entwurf werden Zweifelsfragen im Zusammenhang mit der Zuordnung von Finanzinstrumenten zum Handelsbestand sowie deren Bewertung und etwaigen Umwidmung bei Kreditinstituten nach den durch das BilMoG in das Gesetz eingefügten Vorschriften in § 340e Abs. 3 und 4 HGB adressiert. Ferner werden Fragen zum Ausweis der aus diesen Finanzinstrumenten resultierenden Aufwendungen und Erträge sowie zu den geforderten Anhangangaben nach dem HGB sowie der RechKredV angesprochen.

Der Entwurf ist unter www.idw.de abrufbar und wird zudem in IDW-FN 10 abgedruckt. Zu dem Entwurf kann bis zum 15.1.2010 Stellung genommen werden.

IDW: Prüfung von Objektnetzbetreibern

In einer gemeinsamen Berichterstattung haben sich der Fachausschuss für öffentliche Unternehmen und Verwaltungen (ÖFA) und der Hauptfachausschuss (HFA) des IDW zum Thema „Prüfung von Objektnetzbetreibern nach

dem EuGH-Urteil vom 22.5.2008 und Beschluss des Kartellsenats des OLG Dresden vom 10.3.2009“ geäußert. Der Text ist abrufbar unter www.idw.de.

PCAOB: Verschiebung der erstmaligen Anwendung der neuen Berichterstattung nach Form 2, 3 und 4

-tb- Die Regeln des Public Company Accounting Oversight Board (PCAOB) zu periodischer und anlassabhängiger Berichterstattung sowie zur Übernahme des Registrierungsstatus einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft im Falle von Verschmelzungen oder anderen strukturellen Maßnahmen (Form 2, 3 und 4) sind am 13.8.2009 von der SEC genehmigt worden und sollten ursprünglich am 12.10.2009 in Kraft treten. Der PCAOB hat nun bekannt gegeben, dass die neuen Regelungen nicht bereits zum 12.10., sondern erst mit Wirkung zum 31.12.2009 in Kraft treten. Davon unbeeinflusst bleiben die Zeitpunkte, zu denen die Prüfungsgesellschaften ihre Berichte im Jahr 2010 einreichen müssen. Auf der Homepage des PCAOB (www.pcaobus.org) findet sich eine Übersicht der Einreichungsfristen der verschiedenen Dokumente.

FEE: Thesenpapier vorgelegt

-tb- Die Fédération des Experts comptables Européens (FEE) hat ein Dokument mit dem Titel „7 key objectives for 5 decisive years – The contribution of the European accountancy profession“ veröffentlicht (www.fee.be). Darin benennt die FEE sieben Ziele, die sie im Bereich Rechnungslegung und Prüfung als vorrangige Arbeitsgebiete in den kommenden fünf Jahren ansieht. Dazu zählen u. a. das Vorantreiben der Binnenmarktharmonisierung, einheitliche globale Standards, verbesserte Regulierung und Aufsicht sowie die Integration von Nachhaltigkeitsthemen.

Im *BB-Nachrichtenüberblick* unter www.betriebsberater.de werden Sie direkt auf alle angegebenen Dokumente verlinkt.